StädteRegion Aachen
Der Städteregionsrat
A 63 | Amt für Bauaufsicht
und Wohnraumförderung

über

☐ Stadt Monschau
☐ Gemeinde Roetgen
☐ Gemeinde Simmerath

Hinweis: Der Antragsvordruck und die erforderlichen Unterlagen sind schriftlich einzureichen.

1. ANTRAG auf Erteilung eines/einer

1.1 ☐ allgemeinen Wohnberechtigungsscheines zum Bezug einer öffentlich geförderten Wohnung in NRW (§ 18 WFNG NRW)

1.2 ☐ gezielten Wohnberechtigungsscheines für die nachstehend bezeichnete öffentlich geförderte Wohnung (§ 18 WFNG NRW)

1.3 ☐ Selbstnutzungsgenehmigung als Eigentümer der nachstehend bezeichneten geförderten Wohnung (§ 17 Abs. 6 WFNG NRW)

1.4 ☐ Freistellung von den Belegungsbindungen des § 19 WFNG NRW

2. Angaben zur Person (Antragsteller_in)

Name, Vorname: _____ Geb.-Dat.: _____

Anschrift: _____

_____

Tel. / Handy-Nr.: _____
(freiwillige Angabe)

Familienstand: _____ Staatsangehörigkeit*: _____

*Bei Antragsteller_in ohne deutsche Staatsangehörigkeit muss die Aufenthaltserlaubnis und ggf. das Zusatzblatt als Kopie beigefügt werden.

3. Angaben zur Wohnung, falls Nummer 1.2 bis 1.4 angekreuzt wurde

Eigentümer_in: _____

Objekt: _____

Lage der Wohnung: ☐ Erdgeschoss ☐ Obergeschoss Nr._____ ☐ Dachgeschoss
☐ links ☐ Mitte ☐ rechts

_____qm _____Räume Netto-Kaltmiete:

Vormieter_in:

_____

A 63/336/I. 10.26 indd

4. Haushaltsmitglieder, die mit dem/der Antragsteller_in die Wohnung beziehen werden:

lfd. Nr.	Name, Vorname	Geb.-Datum	Verwandtschafts-verhältnis	Staatsangehörig-keit (siehe *)
4.1				
4.2				
4.3				
4.4				
4.5				
4.6				

* Bei Angehörigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit muss die Aufenthaltserlaubnis und ggf. das Zusatzblatt als Kopie beigefügt werden.

Die unter Ziffer 4 aufgeführten Personen haben sich durch Vorlage eines Personalausweises, einer ID-Card oder eines Aufenthaltstitels + Zusatzblatt auszuweisen.

5. Zugehörigkeit zu einem bestimmten Personenkreis

Für den/die Antragsteller_in oder ein Haushaltsmitglied (unter Ziffer 4.) trifft folgendes zu:

☐ schwerbehindert zu _____% (Person unter lfd. Nr.: _____)

☐ Rollstuhlfahrer_in

☐ Es besteht eine Pflegebedürftigkeit in Pflegegrad _____ (Person unter lfd. Nr.: _____)

☐ junge Familie / verheiratet seit: _____

☐ Schwangere, voraussichtl. Entbindungstermin: _____
(Mutterpass ist beigefügt)

Nachweise über die Zugehörigkeit zum aufgeführten Personenkreis sind beigefügt und zwar:

---

6. Einkommen

Das Einkommen jedes Haushaltsangehörigen mit eigenem Einkommen ist durch Einkommenserklärungen sowie entsprechende Belege / Nachweise der letzten 12 Monate nachzuweisen. Entsprechende Nachweise sind wie folgt beigefügt:

☐ Ich bestätige ausdrücklich, dass die unter der/den Nummer(n) _____(Angabe ist erforderlich) angegebene(n) Person(en) in den vergangenen zwölf Monaten keine eigenen Einkünfte hatte(n) oder in den zwölf Monaten ab dem Stichtag (Datum der Antragstellung) haben wird/werden. Für die weitere(n) Person(en) ist/sind die notwendige(n) Einkommenserklärung(en) beigefügt.

7. Vermögen

Ist verwertbares Vermögen vorhanden: ☐ Ja ☐ Nein
Vermögenswerte: (z. B. Grundvermögen, Bargeld, Bankguthaben, Wertpapiere, Beteiligungen, Luxusgüter, etc.)

---

8. Derzeitige Wohnverhältnisse

- ☐ Wohnen im elterlichen Haushalt
- ☐ Obdachlosen-/Notunterkunft/Übergangsheim/Frauenhaus/ohne festen Wohnsitz
- ☐ Sammelunterkunft für Flüchtlinge/Asylbewerbende
- ☐ stationäre Einrichtung (Altenheim, Behindertenwohnheim, Einrichtung für psychisch Kranke, Suchtkranke etc.)
- ☐ preisgebundene/geförderte Wohnung (Sozialwohnung)
- ☐ frei finanzierte Wohnung

9. Gründe für den Wohnungswechsel

- ☐ Kündigung durch den/die Vermieter_in/Räumungsurteil
- ☐ Umzug in eine andere Stadt/Gemeinde
- ☐ Trennung (vom Partner, Haushaltsgemeinschaft)
- ☐ derzeitige Wohnung ist zu teuer (Miete, Nebenkosten)
- ☐ derzeitige Wohnung ist zu klein
- ☐ derzeitige Wohnung ist zu groß (Auszug der Kinder, Todesfall, Krankheit)
- ☐ barrierefreie/altengerechte/rollstuhlgerechte Wohnung benötigt
- ☐ bauliche Mängel/Schäden der derzeitigen Wohnung
- ☐ Gründe im Wohnungsumfeld/Quartier (soziales Umfeld, fehlende Versorgungsmöglichkeiten, Verkehrsanbindung etc.)
- ☐ sonstige Gründe:

---

10. Hiermit erkläre ich (Antragsteller_in), dass die von mir gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen. Nachteilige Folgen aus unwahren oder unvollständigen Angaben habe ich selbst zu vertreten; mir ist bekannt, dass die Genehmigung gebührenpflichtig ist.
Ich bin damit einverstanden, dass die Zugehörigkeit zu den für mich zutreffenden Personenkreisen in dem Allgemeinen Wohnberechtigungsschein vermerkt wird.

11. Einwilligungserklärung gem. § 4 Datenschutzgesetz NRW:

Ich bin damit einverstanden, dass die zuständige Stelle (hier: StädteRegion Aachen A 63.2 Wohnraumförderung) zur Überprüfung meiner Angaben Einsicht in die im Melderegister gespeicherten Daten über den Wohnort, Familienverbund, Familienstand, die Staatsangehörigkeit, Lohnsteuerkarten und Elterndaten nehmen kann. Mir ist bekannt, dass ich die Einwilligung verweigern kann. Mir ist auch bekannt, dass ich die Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann.

Ort, Datum und Unterschrift

12. Erklärung des/der Vermieter_in, falls Nummer 1.2 angekreuzt wurde

☐ Ich bin bereit, mit dem/der vorgenannten Antragsteller_in – und seinen Angehörigen – für die umseitig genannte Wohnung einen Mietvertrag abzuschließen.

Die Wohnung ist zum _____ beziehbar.

☐ Sollten die Antragstellenden nicht wohnberechtigt sein, beantrage ich eine Freistellung.
Mir ist bekannt, dass die Freistellung gebührenpflichtig ist und mit Auflagen, Bedingungen oder unter Befristung erteilt werden kann.

Begründung der Freistellung:

_____

_____

Ort, Datum und Unterschrift der Eigentümer

Einkommenserklärung

zum Antrag auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines vom _____

Einkommenserklärung zur Prüfung der Einkommensverhältnisse nach §§ 14, 15 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum (WFNG NRW)

Alle Betragsangaben in Euro. Für jede haushaltsangehörige Person mit eigenem Einkommen ist eine gesonderte Einkommenserklärung notwendig.

1. Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit/Versorgungsbezüge

Steuerpflichtige Einkünfte im Kalenderjahr vor Antragstellung

1. Januar bis 31. Dezember 20_____ Jahresbetrag_____

Steuerpflichtige Einkünfte in den vergangenen zwölf Monaten vor Antragstellung ohne Sonderzuwendungen und steuerfreie Einnahmen. (**Bitte entsprechende Nachweise in Kopie beifügen**)

Lf. Nr.	Monat	Jahr	Betrag
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			

Steuerpflichtige Sonderzuwendungen	Betrag in den vergangenen zwölf Monaten vor Antragstellung	In den nächsten zwölf Monaten zu erwartender Betrag
Weihnachtsgeld		
Urlaubsgeld		
sonstige Leistungen		

Änderung der Einkünfte

Bei den vorstehend aufgeführten Einkünften haben sich unbefristete Veränderungen ergeben beziehungsweise werden sich in den nächsten zwölf Monaten mit Sicherheit unbefristete Veränderungen ergeben:

☐ nein

☐ ja, ab dem _____

☐ Erhöhung ☐ Verringerung ☐ neuer Beitrag _____
☐ monatlich ☐ jährlich

Begründung

_____

Ich bin beschäftigt seit _____.

☐ unbefristet ☐ befristet bis _____.

Weitere Einkünfte

		Jahr	Betrag
2.1	**Renten** (Alters-, Erwerbsunfähigkeit-, Berufsunfähigkeitsrenten, Renten an Witwen, Witwer und Waisen, Betriebs-Werksrenten, Zusatzversorgungsrente)		_____ monatlich
2.2	**Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung**	_____	_____ jährlich
2.3	**Einkünfte aus Gewerbebetrieb/selbstständiger Arbeit (Gewinn)**	_____	_____ jährlich
2.4	**Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (Gewinn)**	_____	_____ jährlich
2.5	**Sonstige Einkünfte (§ 22 EStG sowie Unterhaltsvorschuss)**	_____	_____ jährlich
2.5.1	**Unterhaltsleistungen steuerfrei**		_____ monatlich
2.6	**Ausländische Einkünfte**	_____	_____ ☐ monatlich ☐ jährlich
2.7	**Vom Arbeitgeber pauschal besteuerter Arbeitslohn (z. B. Minijob)**		_____ monatlich
2.8	**Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld I, Grundsicherung) etc.**		_____ ☐ täglich ☐ monatlich ☐ jährlich

3. Werbungskosten

(bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit, Versorgungsbezügen)

_____
Betrag jährlich

4. Kinderbetreuungskosten

(im Sinne von § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG)

_____
Betrag jährlich

5. Steuern, Kranken- und Rentenversicherung

Ich zahle:

☐ Einkommens- und Lohnsteuer
☐ Beiträge zu einer Krankenversicherung
☐ Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung oder zu ähnlichen Einrichtungen mit entsprechender Zweckbindung (z. B. Lebensversicherung)

6. Unterhaltszahlungen

Ich zahle aufgrund einer gesetzlichen Unterhaltsverpflichtung an folgende Personen Unterhalt:

_____ _____
Betrag jährlich

_____ _____
Betrag jährlich

Änderung der Einkünfte (Ziffern 2. bis 6.)

Bei den vorstehend aufgeführten Einkünften/Angaben/Ziffern _____ haben sich dauerhafte Veränderungen ergeben, bzw. werden sich in den nächsten zwölf Monaten ab Antragstellung mit Sicherheit dauerhafte Veränderungen ergeben.

☐ nein
☐ ja, ab dem _____
☐ Erhöhung ☐ Verringerung neuer Betrag _____
☐ monatlich ☐ jährlich

Begründung

Bestätigung des/der Antragsteller_in, der Haushaltsangehörigen

Ich versichere, dass die vorstehende Erklärung richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben in dieser Erklärung und in den ergänzenden Unterlagen strafbar sein können. Ich ermächtige das zuständige Finanzamt,

Zuständiges Finanzamt	Steuer ID

Auskunft über meine Einkommensverhältnisse zu erteilen.

Hinweis: Bei begründeten Zweifeln an der Richtigkeit Ihrer Angaben kann die Bewilligungsbehörde gemäß § 14 Abs. 5 WFNG NRW eine Auskunft von Ihrem Arbeitgeber verlangen. Vor einem Auskunftsersuchen wird Ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Ort, Datum	Unterschrift

Folgende Belege habe ich als Nachweis beigefügt:

- ☐ Vordruck "Anlage zur Einkommenserklärung/Angaben zum Haushalt" (nur einmal je Haushalt)
- ☐ Kopie Personalausweis / ID-Card / Aufenthaltstitel + Zusatzblatt
- ☐ Lohn-/Gehaltsbescheinigung/Ausbildungsvertrag
- ☐ Letzter Einkommenssteuerbescheid
- ☐ Letzte Einkommenssteuererklärung
- ☐ Aktueller Rentenbescheid/aktueller Bescheid über Versorgungsbezüge
- ☐ Nachweis über die geleisteten Kinderbetreuungskosten
- ☐ Nachweis über freiwillige Beiträge zur Krankenversicherung
- ☐ Nachweis über freiwillige Renten- und Lebensversicherungsbeiträge
- ☐ Nachweis über die gesetzliche Unterhaltsverpflichtung und Höhe der Unterhaltszahlungen
- ☐ Nachweis über erhaltene Unterhaltsleistung/Unterhaltsvorschuss Antragsteller_in und Angehörige
- ☐ Nachweis über erhaltenes Krankengeld
- ☐ Nachweis über erhaltenes Elterngeld
- ☐ Gewinn- und Verlustrechnung (GuV/Einnahmenüberschussrechnung (EÜR))
- ☐ Leistungen der Ausbildungsförderung (BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe SGB III)
- ☐ Sonstige Nachweise: _____

Familienbonus:

- ☐ Schwangerschaftsbestätigung/Mutterpass
- ☐ Nachweis Kindergeld

Anrechenfreie Beträge:

- ☐ Heiratsurkunde/Lebenspartnerschaftsurkunde
- ☐ Schwerbehindertenausweis oder Feststellungsbescheid § 152 Abs. 1 SGB IX
- ☐ Nachweis der Pflegebedürftigkeit

Informationen gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:	Die behördlichen Datenschutzbeauftragten können Sie wie folgt erreichen:
StädteRegion Aachen - Der Städteregionsrat - Tel: 0241/5198-0 E-Mail: info@staedteregion-aachen.de De-Mail: info@staedteregion-aachen.de-mail.de	StädteRegion Aachen Die Datenschutzbeauftragte Tel: 0241/5198-1410 E-Mail: datenschutz@staedteregion-aachen.de; De-Mail: datenschutz@staedteregion-aachen.de-mail.de
Postanschrift: Zollernstraße 10 ; 52070 Aachen	

Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung Ihre personenbezogenen Daten

- Ihre personenbezogenen Daten werden zur Beratung, Bearbeitung und Bewilligung Ihres Antrages auf Wohnraumförderung erhoben und verarbeitet und dazu ausschließlich an die für die Bearbeitung zuständigen Beschäftigten weitergegeben.
- Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c DS-GVO i.V.m. § 3 WFNG NRW.
- Ihre Daten werden nur für den Zweck verarbeitet, für den sie erhoben wurden.
- Ihre Daten werden im erforderlichen Rahmen an die NRW.Bank weitergegeben. Diese Daten sind für die NRW.Bank erst abrufbar, wenn durch die Städteregion eine Antragsbewilligung ergangen ist.
  Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der NRW.Bank lauten:
  NRW.Bank, Datenschutzbeauftragter, Kavalleriestr. 22, 40213 Düsseldorf, E-Mail: datenschutz@nrwbank.de
- Eine weitere Weitergabe Ihrer Daten an Dritte erfolgt nur, wenn dies notwendig und gesetzlich zulässig ist.
- Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten nur so lange, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Zusätzliche und abweichende Aufbewahrungsfristen können sich gesetzlich ergeben.

Welche Datenschutzrechte habe ich?

Ihnen stehen bezogen auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gem. Art. 15 ff DS-GVO die nachfolgend genannten Rechte zu.

Sie können …

… eine **Auskunft** beantragen, ob und welche personenbezogenen Daten von Ihnen verarbeitet werden (Art. 15 DS-GVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht unter bestimmten Umständen eingeschränkt oder ausgeschlossen ist.

… eine **Berichtigung** oder eine Vervollständigung Ihrer personenbezogenen Daten beantragen (Art. 16 DS-GVO).

… die **Löschung** (Art. 17 DS-GVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO) Ihrer personenbezogenen Daten beantragen. Bitte beachten Sie, dass diese Rechte unter bestimmten Umständen eingeschränkt oder ausgeschlossen sind.

… in begründeten Einzelfällen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten jederzeit **widersprechen** (Art. 21 DS-GVO). Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, werden Ihre Daten zukünftig nicht mehr verarbeitet.

… beantragen, Ihre persönlichen Daten in einem gängigen Format zu erhalten (Art. 20 DS-GVO). Bitte beachten Sie, dass sich dieses Recht auf **Datenübertragbarkeit** nur auf die Sie betreffenden und von Ihnen eingereichten Daten beschränkt.

Sie haben das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu **beschweren**. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen (Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf).

Zur Kenntnis genommen am: _____

Unterschrift der betroffenen Person: _____